

	175. Vollversammlung der AK Wien vom 05.05.2021
FCG ÖAAB	
Antrag Nr. 12	<i>Antragslose Sonderzahlung für Familien</i>
Annahme	Ausschuss Frauen- und Familienpolitik

Die antraglose Sonderzahlung für Familien, um deren außergewöhnliche Belastungen während der Covid-19-Pandemie zumindest teilweise finanziell auszugleichen, wurde von der Bundesregierung nicht umgesetzt.

Bedauerlicherweise kam es seit dem Frühjahr 2021 zu einem gravierenden Problem, nämlich der Häufung von Verzögerungen bei der Auszahlung der Familienbeihilfe. Da die Familienbeihilfe eine universelle Familienleistung ist, die einen großen BezieherInnen- und Anspruchsberechtigtenkreis hat, und somit Verzögerungen bei der Auszahlung eine große Anzahl von Familien betrifft, hat die AK in mehreren Medieninterventionen auf dieses Problem hingewiesen. Dazu kommt, dass der Bezug der Familienbeihilfe die Voraussetzung für den Anspruch auf Sozialleistungen, zB das Kinderbetreuungsgeld, ist. Es handelt sich dabei um ein bundesweites Problem, das nach wie vor besteht und bereits Thema parlamentarischer Anfragen war. Auch Probleme, die mit der Nicht-Auszahlung der Familienbeihilfe verbunden sind, wie der Verlust des Anspruchs aufs Kinderbetreuungsgeld und, in bestimmten Fällen, der Verlust des Krankenversicherungsschutzes aufgrund der Verzögerung beim Kinderbetreuungsgeld, wurde in unserer Medienarbeit thematisiert und wird auch zukünftig auf der interessenpolitischen Agenda der Abteilung FF stehen.

In diesem Zusammenhang von Interesse ist auch das von der AK zusammengestellte „Paket gegen Kinderarmut“, das konkrete Forderungen für Geldleistungen, Bildungschancen und Unterstützungsangebote für Familien enthält, siehe [Bekämpfung von Kinderarmut muss politische Priorität werden - A&W Blog \(awblog.at\)](#). Im Rahmen der AK-Aktion „Armut abschaffen“ wurde am 11. August 2021 eine öffentliche Diskussion zum Thema „Armut bei Kindern und Jugendlichen: Mit Corona sind weitere Schwierigkeiten hinzugekommen“ geführt, [Armut abschaffen | Arbeiterkammer](#). Ziel der AK wird weiterhin sein, familien-, bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen (besser) zusammenzudenken, um Lebens- und Bildungsschancen von Kindern und Jugendlichen sowie deren gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern.